

## Pressemitteilung

**Datum:** 1. Februar 2016  
**Kontakt:** Dr. Johannes Milde, Präsident Zuger Wirtschaftskammer,  
Tel. 079 749 19 03, johannes.milde@siemens.com

### ***Zuger Wirtschaftskammer sagt NEIN zur Durchsetzungsinitiative***

**Die Zuger Wirtschaftskammer lehnt die Durchsetzungsinitiative ab. Die Volksinitiative der SVP verletzt nach Meinung einer grossen Mehrheit des Vorstandes der Zuger Wirtschaftskammer rechtsstaatliche Grundsätze, belastet das Verhältnis zur EU und gefährdet die bilateralen Verträge, die einen wichtigen Beitrag zum Wohlstand der Schweiz leisten.**

In seiner umfassenden Einschätzung kommt der Vorstand der Zuger Wirtschaftskammer zum Schluss, dass die Initiative, über die am 28. Februar 2016 abgestimmt wird, überflüssig ist. Das Parlament hat bereits ein Gesetz erlassen, das die frühere Ausschaffungsinitiative der SVP konsequent und nach rechtsstaatlichen Prinzipien umsetzt. Die Durchsetzungsinitiative geht zu weit. Sie ritzt die Gewaltenteilung und damit die über Jahrhunderte bewährte demokratische Grundordnung der Schweiz. Zudem verletzt sie elementare Menschenrechte. Es gehört zu den Grundprinzipien jedes Rechtsstaates, dass letztendlich Gerichte über die Einhaltung der Gesetze und die Verhältnismässigkeit der Strafe entscheiden. Nach Meinung der Zuger Wirtschaftskammer schafft die Durchsetzungsinitiative ein separates Rechtssystem für Ausländer, das insbesondere für Kinder von Ausländern, die hier geboren und aufgewachsen sind, zu unverhältnismässigen Konsequenzen führen kann. Sie belastet damit unser Zusammenleben mit ausländischen Kollegen und Nachbarn, die ihren Beitrag für die Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft leisten. Insbesondere überschattet die Initiative und die damit dokumentierte Einstellung zu Ausländern die schwierigen Verhandlungen mit der EU zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und gefährdet damit die Bilateralen Verträge mit der EU. Damit ist die Durchsetzungsinitiative direkt und indirekt schädlich für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Aus diesem Grund empfiehlt der Vorstand der Zuger Wirtschaftskammer, die SVP-Volksinitiative abzulehnen.